

Pühl / Sauer (Hrsg.)
Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse

Katharina Pühl studierte Sozialwissenschaften und Philosophie in Frankfurt/M. und ist Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Vorher langjährig an verschiedenen Universitäten im deutschsprachigen Raum in Frauen- und Geschlechterforschung/Genderstudies wissenschaftlich unterwegs.

Birgit Sauer ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlecht, Politik, Governance; Politik, Emotionen und Affekte; Rechtspopulismus und Geschlecht. Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über Transformation von Staatlichkeit und „affektive Gouvernamentalität“.

Katharina Pühl / Birgit Sauer (Hrsg.)

Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2018

© 2018 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-107-0

Inhalt

Katharina Pühl / Birgit Sauer

Queer-feministische Kapitalismusanalyse. Einleitung 7

Regulierung von Sexualitäten – Bedeutung von Generativität für kapitalistische Gesellschaftsstrukturen

Silvia Kontos

Generieren. Zum Zusammenhang von Kapitalismus, Geschlecht und Generativitätsverhältnissen 22

Gundula Ludwig / Volker Woltersdorff

Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit 47

Reproduktionsverhältnisse und Bevölkerungsweisen – trans/nationale Relationen und Regulationen

Susanne Schultz

Nation, Kinderwunsch, Humanvermögen – Familienpolitik als Demografiepolitik 74

Christa Wichterich

Zur transnationalen Rekonfiguration von (Re-)Produktion durch Leihmutterchaft. Biopolitiken, Reproduktionsindustrie und Subjektweisen 93

Andrea Maihofer

Pluralisierung familialer Lebensformen – Zerfall der Gesellschaft oder neoliberal passgerecht? 113

Julia Dück

Krise der sozialen Reproduktion – nicht mehr als eine Anpassungskrise? Tendenzen von Verweigerung sowie Momente der Anpassung 139

Geschlecht, Sexualität, Herrschaft, Politik. Institutionalisierungen und Kritik

Brigitte Bargetz

Affective Matters: toxische Politiken im Kampf um reproduktive Heteronormativität und nationale Souveränität 160

Birgit Sauer

Demokratie, Volk und Geschlecht. Radikaler Rechtspopulismus in Europa 178

Anika Thym

Ansätze zu Hegemonieselbstkritik – Einblicke in kritische (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor 196

Materialistisch-feministische Gesellschaftstheorien – Perspektiven der Kritik

Michael Brie

Menschen machen ihre Geschichte selbst ... Methodologische Reflexionen zur feministischen Kapitalismuskritik 216

Susanne Lettow

Die Stofflichkeit von Herrschaft. Materialismus als feministische Gesellschaftstheorie 241

Alex Demirović

Das Geschlechterverhältnis und der Kapitalismus. Plädoyer für ein klassenpolitisches Verständnis des multiplen Herrschaftszusammenhangs 258

Autor*innen und Herausgeber*innen 286

Susanne Schultz

Nation, Kinderwunsch, Humanvermögen – Familienpolitik als Demografiepolitik¹

Eine ‘schrumpfende’ und ‘alternde’ Nation treibt sehr unterschiedliche politische Kräfte heute in Deutschland um – in ebenso vielfältigen Politikfeldern. Demografische Prognosen und ‘Sachzwänge’ scheinen eine neutrale Grundlage für Politikberatung und Expertise zu bilden, sei es in der Familien-, Migrations-, Pflege- oder Rentenpolitik. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Disziplin der Demografie, ehemals in Deutschland Bevölkerungswissenschaft genannt, damit aus einem Nischendasein herausbewegt, das sie zumindest in der alten Bundesrepublik vor dem Hintergrund ihrer inhaltlichen und personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus geprägt hatte. Vieles gilt im Rahmen dieser Entwicklungen als ‘demografische’ Frage: Zum einen wurde seit Ende der 1990er Jahre ein neoliberaler Diskurs der *Anpassung* an ein unvermeidlich ‘schrumpfendes’ und ‘alterndes’ Deutschland als Legitimationsgrundlage für Sozialabbau relevant (Butterwegge/Bosbach/Birkwald 2012). Gleichzeitig entstanden im Bereich der Familien- und Migrationspolitik strategische Ansätze zu einer aktiven *Gestaltung* der Bevölkerungsentwicklung, also zu einer neuen Bevölkerungspolitik, die allerdings meist ‘Demografiepolitik’ genannt wird, um sich von der Vergangenheit abzugrenzen. Sehr deutlich geschieht dies in den letzten Jahren in der migrationspolitischen Debatte, insofern utilitaristische Kriterien einer Steuerung der zukünftigen nationalen Bevölkerungsgröße und auch einer Verbesserung der ‘qualitativen’ Bevölkerungszusammensetzung via Hochqualifizierten-Anwerbung Terrain gewinnen (Schultz 2016).

Eine weitere zentrale Dimension dieser neuen deutschen Bevölkerungspolitik ist die Frage der Geburtenpolitik. Schon seit der ersten Hälfte der 2000er etablierte sich in Deutschland eine ‘bevölkerungsorientierte’ oder ‘nachhaltige’

1 Dieser Text beruht auf Recherchen des DFG-Projektes „Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre“. Herzlich bedanke ich mich bei Tiziana Ratcheva und Anthea Kyere für die Mitarbeit an Recherche und Redaktion.

Familienpolitik, die – ebenfalls klassenselektiv – auf die Steigerung der Geburtenraten der qualifizierten Mittelschichten abzielt und diese Programmatik als Antwort auf eine nationale demografische ‘Problemlage’ fasst (Kahlert 2007). Wichtige Elemente dieser Programmatik sind ein einkommensabhängiges Elterngeld, aber auch diffusere Aspekte einer Gouvernamentalität des ‘Kinderwunsches’, innerhalb derer der Staat insbesondere die deutschen Mittelschichten darin unterstützen soll, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Für eine feministische, antirassistische und kapitalismuskritische Analyse ist diese Entwicklung in vieler Hinsicht eine Herausforderung: Erstens wird hier offensichtlich, dass eine geschlechterpolitische Analyse von Geburtenpolitik zentral wird, die aber gleichzeitig zu kurz greift, wenn sie deren klassenselektive, nationalistische und rassistische Dimensionen verkennt. In der Frage der Geburtenpolitik spiegelt sich wider, dass feministische Analyse und Politik darin gescheitert sind, die vielfach diskutierte intersektionale Wende ernsthaft zu betreiben. Genderpolitische Positionen haben sich eher darauf konzentriert, die Fortschritte der neuen deutschen Familienpolitik – etwa den Abschied vom konservativen Alleinernährer-Modell oder auch eine zunehmende Anerkennung der Vielfalt familiärer Lebensweisen – positiv zu bewerten oder auch als noch unzureichend zu kritisieren. Demgegenüber griffen sie die Einbindung in ein nationales Projekt und die klassenselektive Anordnung dieser Familienpolitik kaum politisch an.

Zweitens stellt sich mit dem Bedeutungsgewinn demografischen Wissens einmal mehr die Frage, wie das Verhältnis zwischen Wissen und Politik gefasst werden kann. Bisher bleibt das scheinbar objektive demografische Wissen in vielen, auch kritischen Analysen der neuen Familienpolitik merkwürdig unterbelichtet. Weder wird die These einer ‘zu niedrigen deutschen Geburtenrate’ selbst hinterfragt, noch der Topos eines ‘unerfüllten Kinderwunsches’, zu dessen Verwirklichung staatliche Politik in Deutschland beitragen sollte. Auch bleibt unthematisiert, wessen Kinderwünsche denn hier eigentlich gefördert werden sollen bzw. wessen nicht. Dass sich sehr unterschiedliche Kräfte derzeit in Deutschland auf dieses Wissen beziehen, ist insofern auch eine Herausforderung dafür, wie diskursanalytische, wissenschaftskritische und hegemonietheoretische Analysen miteinander verbunden werden können (Brand 2013).

Im Folgenden stelle ich einige Überlegungen voran, wie Politiken rund um das Kinderbekommen in kapitalistischen Gesellschaftsordnungen gefasst werden könnten. Anschließend führe ich in die bundesdeutsche Geschichte ‘nachhaltiger’ Familienpolitik seit Anfang der 2000er Jahre ein und zeige, inwiefern die demografische Problematisierung gemeinsamer Bezugspunkt für sehr unterschiedliche „Hegemonieprojekte“ geworden ist (Buckel/Georgi/Kannankulam 2014).

Schließlich stelle ich vor, welche Wissenstopoi im Rahmen dieser Entwicklungen hegemonialer Bezugsrahmen wurden. Am Ende werde ich einige theoretische und politische Schlussfolgerungen zur Diskussion stellen.

1. Die Matrix der Geburtenpolitik: Bedingungen einer intersektionalen Analyse

Die Politik des Kinderbekommens ist in vieler Hinsicht weiterhin ein blinder Fleck für kapitalismuskritische Gesellschaftstheorien (Kontos in diesem Band). Auch queer-feministische Theoriebildung hat diese Seite der Reproduktionsverhältnisse oftmals eher als scheinbar 'biologischen' Rest vernachlässigt (Deutscher 2012).

Einen Ausgangspunkt für einen theoretischen Zugang zu staatlichen Strategien der Geburtenregulierung stellt das Konzept der Biopolitik von Michel Foucault dar. Es ermöglicht, funktionalistisch-reduktionistische Perspektiven auf Geburtenpolitik (einzig als Frage der Reproduktion von Arbeitskräften) zu vermeiden und der Komplexität einer im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung entstehenden staatlichen Verwaltung der Bevölkerung als Wissens-/Machtregime gerecht zu werden (Foucault 1983; 2001). Einleuchtend am Konzept der Biopolitik ist, dass Foucault individuelle Körper bzw. individuelles Verhalten auf der einen und die Bevölkerung auf der anderen Seite als das spannungsreiche Verhältnis zwischen zwei Polen versteht – und damit auch einen Zugang zur Intersektionalität von Geburtenpolitik ermöglicht (Schultz 2006). Dass Kinderbekommen oftmals auf eine mikrosoziologische Frage der Geschlechter, der reproduktiven Körper und des familiären oder auch individuellen reproduktiven Verhaltens reduziert wird, kann so als Effekt eines biopolitischen Arrangements verstanden werden, innerhalb dessen die Implementierung staatlicher Geburtenpolitik auf der biopolitischen Ebene der Körper und des Verhaltens stattfindet und damit auch privatisiert, individualisiert, biologisiert und eben auch vergeschlechtlicht wird. Dass aber Geburtenpolitiken gleichzeitig Politiken sind, die den staatlichen Zugriff auf die Größe und Qualität von Bevölkerung/en organisieren und insofern von Klassenhierarchien ebenso wie nationalen Zuordnungen und rassistischen Hierarchisierungen durchdrungen sind, kann als zweiter Pol verstanden werden.

Feministische Kritiker_innen haben zu Recht darauf verwiesen, dass Foucaults Konzept der Biopolitik insofern begrenzt ist, als er als Scharnier zwischen beiden Polen vorrangig die Sexualität fasst (und zudem Sexualität im allgemeinen, nicht aber den spezifischen Zugriff auf heteronormativen, prokreativen Sex

(Deutscher 2012)) und dass er damit der Fundamentalität und Komplexität der Reproduktionsverhältnisse und Geschlechterregime im Kapitalismus nicht gerecht wird. Weiterhin erfasste seine Analyse der Biopolitik im Rahmen liberaler politischer Ökonomie nicht ausreichend die darin eingeschriebene koloniale Hierarchisierung in der Entstehung des Wissens über Bevölkerungen, was etwa in der geringen Bedeutung von Thomas Malthus' Werk in Foucaults Analyse deutlich wird (Tellmann 2013; Stoler 1995). Susanne Lettow (2015: 267f.) macht mit dem Begriff einer reproduktiven „Matrix“ einen Vorschlag, wie ein intersektionaler Zugang auf die Politik des Kinderbekommens anders bzw. weitergedacht werden kann. Indem sie auf neu entstehende Wissensordnungen im Europa des späten 18. Jahrhunderts zurückgreift, zeigt Lettow, dass die Ordnung der Reproduktion, wie wir sie bis heute auch mit vielen Veränderungen kennen, von der Idee einer 'Fortpflanzung' geprägt ist, die sowohl über die Vorstellung einer komplementären Polarität der Geschlechter organisiert ist (Stichwort Heteronormativität), als auch gleichzeitig und untrennbar die Vorstellung von Genealogien mittransportiert: Theorien einer intergenerationellen Kontinuität konstituieren und legitimieren biologische Verwandtschaftsverhältnisse auf spezifische Weise. Damit entsteht die Idee der Reproduktion von Bevölkerungen über Genealogien der Vererbung und auch die Vorstellung, dass es sich reproduzierende – und sich auch nach bestimmten Naturgesetzen über 'Vermischung' verändernde – 'Rassen' gibt (ebd.: 271ff.).

In Bezug auf die Intersektionalität von Geburtenpolitik ermöglicht diese Perspektive auf eine reproduktive Matrix, die heteronormative Familienform als 'Keimzelle des Staates' und als Bedingung für 'Fortpflanzung' als untrennbar von der Idee klassenhierarchisierender und rassifizierender Genealogien zu verstehen. Die Institutionen der Familie und der Verwandtschaft sind schließlich an Eigentums- und Erbschaftsverhältnisse gekoppelt; und über familiäre und verwandtschaftliche Zugehörigkeit wird auch im Bourdieuschen weiteren Sinn soziales und kulturelles Kapital weitergegeben und Klasse reproduziert (Bourdieu 1986). Diese staatlich-rechtlich über die Familienform institutionalisierten Genealogien sind zwar nicht identisch mit eugenisch-biologistischen Vorstellungen einer unvermeidlichen Weitergabe des sozialen Status, machen aber im Sinne verdinglichter gesellschaftlicher Verhältnisse doch den realen Kern, die unmittelbare Evidenz einer Biologisierung von Ungleichheit aus.

Reproduktive Genealogien sind im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung jedoch nicht nur über Klassenverhältnisse organisiert, sondern etablieren sich auch nicht trennbar von rassistischen Verhältnissen der In- und Exklusion. Zum einen lassen sich Klassenzuschreibungen und Rassismus insofern

nicht trennen, als die (post-)koloniale Geschichte der Klassenverhältnisse bis heute gleichzeitig die Geschichte globaler, nationaler und lokaler Strategien rassistischer sozialer Abwertung, Unterschichtung und Ausbeutung ist (Karakayali/Zur Nieden 2013: 62f.; Mezzadra/Neilson 2013). Zum anderen gehört zur Matrix der Reproduktion auch ganz zentral die mit der Entstehung der Nationform (Balibar 1992) verbundene In- bzw. Exklusion der kommenden Generation als neue (Nicht-)Staatsbürger_innen und die staatliche Einflussnahme auf die Menschenreproduktion als Frage der Zukunft der Nation bzw. nationaler Ökonomie. Die Konstitution des Problems der Bevölkerung ist inhärent verbunden mit der Konstitution des Nationalstaates, schon allein weil mit den Nationalstaaten erst die statistische Erfassung von Bevölkerungen institutionalisiert wird und damit die Vorstellung einer homogenen oder zu homogenisierenden nationalen Bevölkerung entsteht, die das zentrale Objekt demografischen Wissens darstellt (Hummel 2000). Damit entsteht auch die Möglichkeit einer 'Demografisierung' sozialer Verhältnisse, wie sie aktuell akut ist, also der Vorstellung, komplexe gesellschaftliche Verhältnisse und Dynamiken könnten über statistische Korrelationen zwischen nationaler Bevölkerungszahl bzw. -zusammensetzung einerseits und Daten über Ressourcen, Produktion und Konsumption andererseits erfassbar und über eine staatliche Regulierung von als 'Bevölkerungsfragen' formulierten Problemlagen regierbar werden (Barlösius 2007; Harvey 2001; Schultz 2015b).

Aus den genannten Dimensionen einer intersektionalen Matrix der Geburtenpolitik ergeben sich vielfältige Spannungsmomente und Widerspruchskonstellationen, die auch erklären, inwiefern Familienpolitik als Geburtenpolitik nicht nur von Grundformen der Familie, der Nation und der Klasse kontinuierlich strukturiert wird, sondern auch ein umkämpftes und dynamisches Konfliktfeld ist.

Genannt seien hier etwa die Spannung zwischen der Stabilität der Familienform als Institution zur Absicherung genealogischer Kontinuitäten einerseits und ihrer dynamischen Veränderung im Rahmen der Heterogenisierung von Familienmodellen andererseits. Ebenso gibt es einen Widerspruch zwischen einer genealogischen Zuschreibung von Kindern zu 'ihrer' sozialen Klasse einerseits und Erfordernissen sozialer Dynamik im Rahmen bildungspolitischer und arbeitsmarktorientierter kapitalistischer Notwendigkeiten andererseits. Auch ist die Nationform keine stabile. Derzeit lassen sich (auch innerhalb der demografischen Wissensproduktion selbst virulente) Spannungen ausmachen: zwischen Kräften, die einen Nationenbegriff stärken, der sich auf eine vermeintliche ethnische Homogenität in der Vergangenheit bezieht, und Kräften, die ein nationales Zu-

kunftsprojekt formulieren, das auf eine flexibilisierte Humankapitalverwaltung ausgerichtet ist (Schreiner 2013; Schultz 2016).

2. 'Nachhaltige Familienpolitik' als übergreifender politischer Referenzrahmen

Die Entwicklung einer 'bevölkerungsorientierten' oder 'nachhaltigen' Familienpolitik in Deutschland geht zurück auf die programmatische Initiative der Familienministerin Renate Schmidt (SPD) unter der rot-grünen Regierung 2002 bis 2005. Sie führte das Ziel einer höheren deutschen Geburtenrate als ein zentrales Kriterium offensiv in die Debatte ein (Schmidt 2001). Dass die bisherige Zurückhaltung (west-)deutscher Familienpolitik in Bezug auf bevölkerungspolitische Zielsetzungen aufgegeben wurde, stand zum einen im Zusammenhang mit einer neoliberalen Offensive des Sozialabbaus zu Beginn der 2000er Jahre. Zum anderen trug sicherlich auch die Vorstellung einer 'Normalisierung' deutscher Politik nach der Wiedervereinigung dazu bei. In diesem Kontext entwickelte sich seit Mitte der 1990er Jahre die Landschaft demografisch forschender Think Tanks und Wissenschaftsprogramme dynamisch, und demografisches Wissen gewann in Politikberatung und medialer Öffentlichkeit enorm an Bedeutung (Barlösius 2007; Messerschmidt 2014).

Unter der nächsten Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurden wesentliche Eckpfeiler einer 'nachhaltigen Familienpolitik' dann implementiert. Die Kitabetreuung wurde ausgebaut, Steuerfreibeträge für Kinderbetreuung eingeführt, und seit 2007 ersetzte das Elterngeld das bisherige, für alle gleichermaßen gültige Erziehungsgeld von 300 Euro bis zwei Jahre nach der Geburt. Mit dem nur 12 Monate (bzw. mit 'Partnermonaten' 14 Monate) gültigen, einkommensabhängigen Elterngeld wurden de facto staatliche Transferleistungen für Eltern mit neugeborenen Kindern von unten nach oben umverteilt. Während Besserverdienende bis zu 1.800 Euro monatlich erhalten, reduzierte sich für gering Verdienende und Erwerbslose der Auszahlungszeitraum des Mindestbetrages von 300 Euro von 24 auf 12 (bzw. 14) Monate und damit um (fast) die Hälfte. Die neue Familienpolitik etablierte insofern über quantitative demografische Ziele hinaus klassenselektive Kriterien und richtete die neuen geburtenfördernden Maßnahmen vorrangig auf akademische und beruflich qualifizierte Mittelschichten aus.

Renate Schmidt hatte diese Dimension einer qualitativen Bevölkerungspolitik bereits 2001 sehr deutlich angekündigt: „Kinderreichtum bei den Benachteiligten, Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen

auf die Zusammensetzung der Bevölkerung“ (Schmidt 2001: 126). Die auch mit dem Konzept eines familienpolitisch zu steigernden ‘Humanvermögens’ verbundenen klassenselektiven Ansagen über eine zu erwartende unterschiedliche Nützlichkeit von Kindern verschiedener sozialer Klassen werden allerdings übertönt von weiteren, ‘zielkomplementären’ Argumenten für das Elterngeld. Denn eine höhere Geburtenrate soll mit der Inwertsetzung insbesondere qualifizierter weiblicher Arbeitskraft einhergehen (Bujard 2013). Mit einem höheren Elterngeld, einer gleichzeitig kürzeren Bezugsdauer und einer Politik der Vereinbarkeit von ‘Familie und Beruf’ sollen vor allem beruflich qualifizierte Frauen zum Gebären angeregt und gleichzeitig schneller wieder in Arbeit gebracht werden.

Die ‘nachhaltige Familienpolitik’ bewertet insofern nicht nur die Nachkommen nationalökonomisch unterschiedlich, sondern auch die verschiedenen Gruppen der durch Vereinbarkeitspolitik zu mobilisierenden ‘stillen Reserve’ weiblicher Arbeitskräfte selbst. In der realen Umsetzung ging der familienpolitische „Paradigmenwechsel“ mit einer Offensive in Richtung einer äußerst prekären Inwertsetzung der meisten weiblichen Arbeitskräfte im Rahmen von Hartz-IV-Reformen und Minijobs einher, und mit dem Abschied vom Alleinernährer-Modell wurde ein nicht individuell existenzsicherndes „Zuverdienerinnen-Modell“ zur offiziellen Norm (Nowak 2009: 261).

Die wesentlichen Eckpfeiler der neuen Familienpolitik blieben mit den nächsten Bundesregierungen unverändert. Unter Kristina Schröder (2009 bis 2013) wurde der klassenselektive Charakter des Elterngeldes verschärft, als dieses ab 2011 auf das Arbeitslosengeld II angerechnet und somit de facto für eine der ärmsten Bevölkerungsschichten ganz abgeschafft wurde. Als weiteres Element einer Demografisierung von Familienpolitik kam die Bezuschussung reproduktionsmedizinischer Behandlungen durch Fonds einiger Bundesländer und der Bundesregierung hinzu (Wagenmann 2013). ‘Ungewollte Kinderlosigkeit’ wurde so über eine Frage der Gesundheitsversorgung hinaus zu einem steuerpolitisch zu finanzierenden demografischen Ansatzpunkt redefiniert.

Die selektive pro-natalistische Bevölkerungsprogrammatik wurde von sehr unterschiedlichen, wenn auch nicht immer klar voneinander abzugrenzenden politischen Kräften unterstützt, die im Sinne von Buckel, Georgi und Kannankulam (2014: 44) als um Hegemonie ringende „Hegemonieprojekte“ gefasst werden können. Der breite Rückhalt war eine entscheidende Bedingung dafür, dass der familienpolitische Paradigmenwechsel weitgehend unumkämpft geschah – und in diesem Sinne tatsächlich hegemonial werden konnte. Wohl am hervorstechendsten haben sich Vertreter_innen eines liberalen, emanzipatorischen Hegemonieprojektes für den Wechsel starkgemacht und diesen als

frauenfreundlichen „Befreiungsschlag“ interpretiert (Nowak 2009: 239). Typisch für diese Position ist es, die pro-natalistische Begründung der neuen Politik eher herunterzuspielen oder als ‘strategische Demografisierung’ zu fassen, nicht aber prinzipiell in Frage zu stellen.² Als weiteres, wenn auch in vieler Hinsicht mit dieser Position verzahntes Projekt kann das von der Arbeitgeberlobby geförderte neoliberale Programm einer Mobilisierung weiblicher Fachkräfte bei gleichzeitig langfristiger Sicherung zukünftiger Arbeitskräfte interpretiert werden. Weiterhin lässt sich in den familienpolitischen Debatten auch ein politisch sehr breites und eher diffuses Spektrum familialistischer sozial-konservativer Positionen erkennen, die sich auf den Paradigmenwechsel insofern positiv beziehen, als sie eine stärkere Förderung von Familien und die Aufwertung (weiblicher) häuslicher Sorgearbeit im Rahmen der Politik der Vereinbarkeit befürworten. Schließlich ist als weitere Kraft ein enorm erstarktes, klar antifeministisches, national-völkisches Projekt zu erkennen, das von der „Alternative für Deutschland“ vorangetrieben wird, aber viele Vorläufer_innen und Unterstützer_innen hat. In diesem explizit als ‘aktive Bevölkerungspolitik’ benannten Projekt wird eine höhere nationale Geburtenrate zur nationalen Überlebensfrage und Geburtenpolitik gegen „Masseneinwanderung“ in Stellung gebracht (Kemper 2016).

3. Hegemoniale Aspekte des aktuellen demografischen Wissens

Warum ließ sich ein so breites Spektrum politischer Kräfte, trotz geschlechterpolitisch kontroverser Positionen, auf die wesentlichen Eckpfeiler einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik ein und ließ den demografiepolitischen Rahmen selbst unhinterfragt? Um dies zu beantworten, ist es meines Erachtens nötig, die Wissensproduktion selbst zu analysieren und die *black box* demografischer ‘Tatbestände’ zu öffnen. Gezeigt werden kann so, dass das Wissen, welches demografische Think Tanks direkt regierungsberatend oder auch über die Medien in die Debatte eingebracht haben, höchst unsicher und voraussetzungsvoll ist und Familienpolitik im Sinne der intersektionalen Matrix der Geburtenpolitik strukturiert.

2 Dies ergaben Interviews der Autorin mit wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen am Max Planck Institut für Demographische Forschung und am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Juli 2015.

3.1. Die Nation: eine niedrige deutsche Geburtenrate als Problem

Zentral für das demografiepolitische Projekt ist die Erzählung, dass Deutschland von einer ‘Schrumpfung’ und/oder ‘Alterung’ der Bevölkerung besonders stark betroffen sei und dass dies in der Zukunft eine Krisensituation hervorrufen werde. Eine kritische Analyse dieser Erzählung muss sich auf verschiedenen Ebenen bewegen: Ganz grundsätzlich sollte die Nationform selbst als zentrale Bedingung der demografischen Problemformulierung in den Blick geraten. Schließlich transportiert der aktuelle Bevölkerungsdiskurs mit aller Macht die Idee einer nationalen Schicksalsgemeinschaft und damit auch die Idee, dass ‘uns’ die nationalökonomische Entwicklung Deutschlands mehr interessieren sollte als globale Ungleichheit und weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Zu diesem nationalen Apriori des Bevölkerungsdiskurses gehört auch, dass in der Debatte die nationale Geburtenförderung selbst nicht hinterfragt wird – und völlig abgekoppelt bleibt von anti-natalistischen Strategien, wie sie etwa im Rahmen internationaler Bevölkerungsprogramme weiterhin virulent sind (Hendrixson 2016; Bendix/Schultz 2015).

Aber auch in diesem nationalen Rahmen sollte die demografische Datenproduktion kritisch reflektiert und zudem hinterfragt werden, unter welchen Annahmen die ‘Altersstruktur’ zum Problem gemacht werden kann. Die Demografisierung des Politischen beruht inhärent darauf, dass mit spekulativen Datenprojektionen in die weit entfernte Zukunft heute Politik gemacht wird. In Deutschland beruhen solche Prognosen meist auf den ‘Bevölkerungsprojektionen’ des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2009; 2015), dessen ‘mittlere Varianten’ medial als wahrscheinlich, wenn nicht gar als Fakten präsentiert werden. Angesichts falsch und zu niedrig vorausgesagter Nettozuwanderungszahlen fand allerdings die ‘Schrumpfung Deutschlands’ bis heute nicht statt und wird regelmäßig – mit zukünftig wiederum niedriger angenommenen Zuwanderungsraten – weiter in die Zukunft verlagert.³ Aber auch die Wissensproduktion über die Entwicklung von Geburtenraten, die für die Demograf_innen als ‘träger’ und besser einschätzbar eingestuft wird, ist in vieler Hinsicht gar nicht so ‘sicher’, wie sie präsentiert wird. So wiesen einige Wissenschaftler_innen in den letzten Jahren darauf hin, dass die

3 Destatis sagte in der 12. Bevölkerungsvorausberechnung, gültig von 2009 bis 2015, eine Nettozuwanderung von 100.000 oder 200.000 Personen voraus. Tatsächlich betrug diese aber 369.000 Personen in 2012, 429.000 in 2013, 550.000 in 2014 und 1.139.000 in 2015. Dennoch nimmt Destatis auch in der 13. Vorausberechnung, gültig seit Frühjahr 2015, wieder an, dass sich die Zuwanderungsrate ab 2021 auf 100.000 bis 200.000 Personen einpendelt (Destatis 2009: 7; 2015: 40).

üblicherweise angegebene ‘zusammengefasste Geburtenziffer’ problematisch ist, da mit ihr nicht unterschieden werden kann, ob Frauen weniger oder nur später Kinder bekommen, und zudem eine Veränderung im ‘generativen Verhalten’ bei den jüngeren Generationen damit gar nicht erfasst werden kann (Goldstein et al. 2012).

Hauptsächlich bezieht sich der demografische Krisendiskurs allerdings derzeit weniger auf eine ‘Schrumpfung’ als auf die Diagnose einer ‘(Über-)Alterung’ der Bevölkerung, eine bei steigender Lebenserwartung bereits seit dem 19. Jahrhundert gegebene demografische Entwicklung. Über die Datenproduktion hinaus stellt sich hier die Frage, auf welcher Grundlage diese Entwicklung denn als krisenhaft behauptet werden kann. Dagegen, dass eine Veränderung des abstrakten Verhältnisses zwischen nationalen Altersgruppen (Kinder/Jugendliche; Menschen im ‘erwerbsfähigen Alter’; Alte) per se ökonomisch problematisch sei, haben in den letzten Jahren nur einige wenige Autor_innen aus dem links-gewerkschaftlichen Spektrum protestiert (z.B. Butterwegge/Bosbach/Birkwald 2012). Sie zeigten, dass eine solche Krisenerzählung die wachsende soziale Ungleichheit *innerhalb* von Generationen ausblendet, ebenso wie sie etwa für die Rentenentwicklung wesentlich wichtigere Dynamiken wie Lohn- und Produktivitätsentwicklung oder die Rate sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Erwerbslosenquoten unterschlägt.

3.2. Der unerfüllte Kinderwunsch als Ansatzpunkt pro-natalistischer familienpolitischer Strategien

Ein zweiter Aspekt des hegemonialen Wissens betrifft die Frage, wie das un-hinterfragte Ziel einer höheren deutschen Geburtenrate denn erreicht werden soll. Konsens ist, dass der Staat nicht dirigistisch eingreifen dürfe, wohl aber an bestehenden Kinderwünschen ansetzen und deren Verwirklichung ermöglichen solle, und dass es familienpolitische Maßnahmen gebe, mit denen dieses Ziel langfristig erreicht werden könne (BMFSFJ 2012: 15; Prognos 2014).

Bei genauerem Hinsehen tut sich die demografische Expertise aber auch hier schwer, *hard facts* zu liefern: So ist die Messung des Kinderwunsches abhängig davon, wie, wann und mit welchem Zeithorizont gefragt wird. Damit ist auch die darauf aufbauende Legitimationsgrundlage für eine pro-natalistische Politik, der so genannte *fertility gap* (die Differenz zwischen gewünschter und tatsächlicher Kinderzahl) eine kaum ernsthaft festzuzurende Größe (Fürnkranz-Prskawetz et al. 2012: 150ff.).

Auch mit der Hypothese, dass familienpolitische Maßnahmen überhaupt einen Einfluss auf die Geburtenrate haben können, tun sich die Demograf_innen

schwer. Der Behauptung direkter und eindeutiger kausaler Zusammenhänge enthalten sich die meisten seriösen Studien (Spieß 2012). Dennoch dreht sich das demografische Forschungsuniversum um Wenn-Dann-Zusammenhänge zwischen (mikrosoziologischen) Geschlechterverhältnissen, Familienmodellen, Vereinbarkeitsangeboten einerseits und der Geburtenrate andererseits. Auch die im Auftrag der Bundesregierung unternommene, stark ökonomistisch angelegte „Gesamtevaluation ehe- und familienpolitischer Maßnahmen“ bestätigte diesen Zugang, indem sie (gewisse, sehr geringe und langfristige) Korrelationen zwischen Familienpolitik und der Geburtenrate feststellte (Prognos 2014: 229f.).

Mit Michel Foucault kann dieses neu entfachte Interesse am Begehren nach dem Kind als eine *Gouvernementalität* des Gebärens gefasst werden; denn staatliche Strategien setzen hier explizit an den Wünschen, Begehren und Selbsttechnologien der Subjekte an (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000). In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse gibt es widersprüchliche Tendenzen, wie diese Wunschökonomie verhandelt wird. Auf der einen Seite bestärkt die Art und Weise, wie der Kinderwunsch derzeit beforscht und besprochen wird, heteronormative naturalisierende Zuschreibungen an die Frau als potenzielle Mutter: Kinderwunsch und *fertility gap* werden meist selbstverständlich an Frauen untersucht – und das ‘generative Verhalten’ gilt fast immer als das der Frauen (oder allenfalls abstrakt ‘der Paare’). Andererseits gibt es auch in Teilen des konservativen Mainstreams eine Öffnung in Richtung der Diversifizierung von Familienbildern im Sinne von ‘Familie ist da, wo Kinder sind’ (Hajek 2013).

Gleichzeitig artikuliert sich der staatlich-demografiepolitische Topos des Kinderwunsches mit dem umkämpften Feld der an Bedeutung gewinnenden Reproduktionsmedizin (Schultz 2015a). Auch hier finden im Kampf gegen ‘ungewollte Kinderlosigkeit’ und für ein ‘eigenes Kind’ Konflikte um Grenzverschiebungen statt, was staatlich als Familie gilt. Während Reproduktionsmedizin in Deutschland weiterhin in vieler Hinsicht heteronormativ institutionalisiert ist, gibt es Trends zu einer Aufweichung dieser Normierungen und etwa Forderungen danach, die Rechtslage zugunsten gleichgeschlechtlicher Paare und deren Wünschen nach „körperlich“ oder „genetisch“ mit ihnen „verbundenen“ Kindern zu überprüfen (Dethloff 2016: 61).

Auch wenn derzeit Reproduktionsmedizin nicht umfassend für pro-natalistische Politik instrumentalisiert wird, entsteht zwischen Reproduktionsmedizin und Demografie mit der Politisierung des unerfüllten Kinderwunsches ein gemeinsamer Bezugsrahmen, worauf auch zahlreiche Kooperationen zwischen demografischen Think Tanks und reproduktionsmedizinischer Lobby hindeuten (Schultz 2015a). Auch der reproduktionsmedizinische Komplex ist von selektiven

Kriterien geprägt, welche Kinder als erwünscht gelten. Neben der Verstärkung biologisch-genetischer Ideen von Zugehörigkeit, wie sie im 'eigenen' Kind gesucht werden, bestärkt der Fokus auf den reproduktionsmedizinischen Komplex auch eugenische Vorstellungen und Technologien. Schließlich geht die Reproduktionsmedizin mit chromosomalen und genetischen 'Qualitätschecks' einher, die sozial und auch rechtlich zunehmend normalisiert werden.

3.3. Humanvermögen: unmarkierte Subjekte und die Vereinbarkeit von Karriere und Familie

Ein dritter Aspekt des demografischen Wissens ist es, dass die diskutierten Aspekte – die These einer zu niedrigen deutschen Geburtenrate und der pronatalistische Ansatzpunkt eines unerfüllten Kinderwunsches – Ausschlüsse produzieren, die aber weitgehend dethematisiert bleiben.

Auf den ersten Blick wird das reproduktive Begehren im deutschen Demografiediskurs vor allem als Frage der Frauen, der Paare oder der Familien verhandelt. Kurzum: Das Wissen und auch die damit verhandelten und (re-)produzierten Subjektpositionen bewegen sich entweder in den Dimensionen eines konservativen Familialismus oder aber im Rahmen erweiterter, diverserer Vorstellungen von Familie – eine durchaus wichtige, aber für sich allein genommen verkürzende Dimension des Konfliktfelds. Fragen der eugenischen 'Qualität', der rassistischen Differenzierung, des nationalen Ein- und Ausschlusses und der Klassenhierarchien bleiben damit unmarkiert – oder erscheinen allenfalls als sekundäre, additive und spezifizierende Dimension.

Beim zweiten Hinschauen zeigt sich jedoch, dass die familienpolitisch scheinbar unmarkierte Subjektivität der zu adressierenden Frau oder des Paares mit Kinderwunsch tatsächlich die der qualifizierten deutschen Mittelschichten ist, die im Zentrum von Forschung und Regierungsstrategien stehen: Bereits das Motto Vereinbarkeit von 'Familie und Beruf', das nicht nur die Familienform, sondern auch eine berufliche Qualifizierung und Identität voraussetzt, oder auch der Fokus in der Demografiestrategie der Bundesregierung auf Karriere und Berufsbiographien machen dies deutlich. Der klassenselektive Skandal einer 'bevölkerungsorientierten Familienpolitik', wie sie von Renate Schmidt noch explizit formuliert wurde, kann aber auf der Ebene der Subjektivität und programmatischen Implementierung so nicht thematisiert werden.

Wenn es direkt um die Ebene der Bevölkerung geht, werden diese 'Qualitäts'-Ansprüche der Demografiepolitik allerdings klar formuliert. Das Konzept des 'Humanvermögens' ist eine wichtige Referenzgröße, um die Kombination ar-

beitsmarktrelevanter Qualifikationen, Bildung, Gesundheit sowie „sozialer Daseinskompetenz“ und „Werthaltungen“ zu fassen (BMFSFJ 2006: 5). Auch wenn dieses Konzept theoretisch die Frage offen lässt, wie dieses ‘Vermögen’ denn in der gesamten Bevölkerung gesteigert werden solle, ist es bezeichnend, dass auch einflussreiche familienpolitische Politikberater_innen es (in kritischer Absicht) vorrangig in Bezug auf die genealogische Kontinuität des „Elternhauses“ und nicht auf breitere Bildungspolitik hin interpretieren: „Beim ‘Humanvermögen’ handelt es sich um die nützlichen Leistungen, die Kinder durch entsprechende Erziehung im Elternhaus später als Erwachsene für die Gesellschaft erbringen können.“ (Bertram et al. 2012: 201)

Nahegelegt wird immer wieder: Am meisten wird dieses ‘Humanvermögen’ gesteigert, wenn möglichst viele Kinder in den qualifizierten deutschen Mittelschichten geboren werden, während das Kinderwunschbegehren und dessen Förderung in einkommensschwächeren Gruppen oder auch unter generell als ‘bildungsfern’ stigmatisierten Migrant_innen kein Thema für die politikberatende Forschung ist. Wenn diese sozialen Gruppen überhaupt ins Visier der Demografiepolitik geraten, dann stehen hier nicht gouvernementale Strategien und Wunschökonomien zur Debatte. Vielmehr sollen Forschungen über das durchschnittliche ‘generative Verhalten’ von Migrantinnen vor allem Schlussfolgerungen direkt auf der Ebene der Bevölkerungsentwicklung ermöglichen (BAMF 2011; kritnet 2016). Anders gesagt: Im Rahmen einer Matrix der Geburtenpolitik spielt eine subjektorientierte gouvernementale Körper- und Verhaltenspolitik für die „subjectless others“ keine Rolle (Gutiérrez Rodríguez 2003: 168), sondern ihr durchschnittliches reproduktives Verhalten wird nur direkt im Effekt auf die zukünftige nationale Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung verhandelt.

4. Demografiekritik heute – jenseits hegemonialer Dichotomien

Demografische Krisenerklärungen sind weltweit eine Dimension herrschaftsförmig organisierter Wissensproduktion, denn sie zielen nicht auf die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ab, sondern erklären die Größe und Zusammensetzung von Bevölkerungen zur Krisenursache – und zur staatlich zu beeinflussenden Variable der Krisenbewältigung. In den letzten zwei Jahrzehnten können wir in Deutschland von einer Demografisierung des Politischen sprechen, die nicht erst mit der ultrarechten bevölkerungspolitischen AfD-Programmatik virulent, sondern quer durch fast alle politischen Lager hegemonial wurde – mit der Forderung nach einer (selektiv) pro-natalistischen Politik als einem der zentralen Aspekte.

Eine geschlechtertheoretisch und intersektional angelegte Gesellschaftskritik kann den gegenwartsdiagnostischen Blick auf diese Demografiepolitik nutzen, um wie in einem Brennglas biopolitische Dimensionen zu analysieren, wie sie freilich in der ein oder anderen Form – manchmal vermittelter, auf indirektere Art und Weise – die biopolitische Verwaltung von Bevölkerungen seit Entstehung kapitalistischer Formen der Vergesellschaftung prägen.

Das intersektionale Konzept einer 'reproduktiven Matrix' ermöglicht es dabei, über eine Analyse von Geburtenpolitik vorrangig oder gar allein als Politik der Geschlechterverhältnisse hinauszugehen. Diese Perspektive schließt an die Geschichte transnationaler Kämpfe für reproduktive Rechte an, welche eine global „stratifizierte Reproduktion“ hinterfragt haben, also immer wieder problematisiert haben, welche sozialen Gruppen in globalen bevölkerungspolitischen Strategien dazu angeregt und welche davon abgehalten werden sollen, Kinder zu bekommen (Nair 1989; Ginsburg/Rapp 1995: 3; Schultz 2006).

Für eine so motivierte Analyse von Geburtenpolitik ist es erhellend, die Annahmen des demografischen Wissens, die derzeit in Deutschland eine gemeinsame Folie für sehr unterschiedliche und auch umkämpfte politische Hegemonieprojekte darstellen, selbst in die Kritik einzubeziehen. Denn nur so lassen sich die der Verhandlung weitgehend entzogenen 'Sachzwänge' einer zukünftig stabil zu haltenden oder zu 'gestaltenden' nationalen Menschenproduktion selbst kritisieren.

Eine solche Perspektive fordert eine queer-feministisch linke Politik dazu heraus, die Frage der genealogischen Zuschreibungen, nationalen Zugehörigkeiten und klassenselektiven Anordnungen zu einem Ausgangspunkt von Kritik zu machen und in einen engen Zusammenhang zur Kritik der heteronormativen Anordnung 'biologischer Reproduktion' zu stellen. Neben der Frage, wie die Familienform in Richtung heterogenerer Modelle des Zusammenlebens erweitert werden kann, stellt sich somit auch die Frage, wie an der sozialen Platzzuweisung der nächsten 'Generation' kritisch angesetzt werden kann. Hinterfragt wird dann nicht nur die Zuschreibung der Kinder an die Frauen, sondern auch die Zuschreibung der Kinder an ihre 'Klasse' und Nation.

Die aktuellen und akuten Kämpfe um geschlechterpolitische Fragen erscheinen so in einem anderen Licht. Über den Konflikt zwischen einer Heterogenisierung der Familie einerseits und dem 'Antigenderismus' andererseits, wie ihn die neue Rechte zugespitzt hat, hinaus, stellt sich die Frage, warum die wie auch immer verstandene 'Familie' heute überhaupt so stark auf einen individuellen heilsversprechenden Kinderwunsch ausgerichtet ist. Und es wird möglich, den pro-natalistischen *bias* in der Ausblendung klassenselektiver, eugenischer und

rassistischer Strategien zu hinterfragen, wenn unmarkiert von Frauen oder Paaren die Rede ist, eigentlich aber nur deutsche Mittelschichten mit 'humanvermögenden' Kindern gemeint sind, Hartz-IV-Empfänger_innen, Migrant_innen oder Menschen mit Behinderung dagegen nicht.

Eine solche Kritik macht es unabdingbar, über eine individualisierende Perspektive auf reproduktive Wahlfreiheit hinauszugehen. Sie erschüttert insofern die Grundfesten dessen, was im hegemonialen Rekurs auf die Familie, aber auch in manchen queer-politischen Zusammenhängen heute en vogue ist und mit fragwürdigen Forderungen nach reproduktionstechnologischen 'Lösungen' untermauert wird, nämlich das 'Recht' auf ein eigenes, am besten 'körperlich' oder 'genetisch' verbundenes Kind als individuelles Projekt. Statt alle Energien und Investitionen in die Kontinuität der eigenen Klassenposition und staatsbürgerlichen Privilegien ins 'eigene' Kind zu stecken, ergibt sich aus einer solchen Kritik, die Modelle des Zusammenlebens zu überdenken und die Grenzziehungen zwischen dem 'eigenen' und den anderen Kindern in Frage zu stellen, also soziale Bezüge, Nahbeziehungen und Zugehörigkeiten breiter zu denken und damit auch rassistische und Klassenschranken zu überschreiten. Anknüpfungspunkte können hier einerseits Bewegungen zu kollektiver Kinderbetreuung sein, andererseits eine vehemente Opposition gegen familienpolitische Ausschlüsse und Hierarchien wie z.B. beim Elterngeld sowie Kämpfe für mehr Ressourcen und eine gesellschaftliche Aufwertung ebenso wie Umverteilung von Sorgearbeit – wiederum jenseits der familiären Grenzen und sozialen Hierarchien. Schließlich geht es, noch umfassender gedacht, um ein Eintreten für globale soziale Rechte.

Eine demografiekritische Perspektive konfrontiert und überschreitet zudem einen Nationalismus, der konstitutiv für den Prozess der Demografisierung ist und nicht nur die Familienpolitik betrifft, sondern auch die Migrationspolitik als zweite Koordinate einer 'gestaltenden' Demografiepolitik einbezieht. Auch hier ist es wichtig, die hegemonialen Dichotomien in der Debatte zu überschreiten: Schließlich spielen sich diejenigen Kräfte, die mit demografischem Wissen für eine 'qualifizierte Zuwanderung' eintreten und utilitaristische Strategien einer flexiblen Anwerbung von Hochqualifizierten betonen, und diejenigen Kräfte, die das wieder erstarkende Projekt einer nationalistischen Abschottung vertreten, durchaus gegenseitig in die Hände, wenn sie gemeinsam den Abbau von Asylrechten und Abschiebepolitik für die 'nicht nützlichen' Migrant_innen vertreten.

Für eine linke queer-feministische und antirassistische Politik ist eine explizite Distanzierung von nationalen demografischen Krisendiskursen und Rationalitäten auf jeden Fall dringend nötig. Wie viele Deutsche es in der Zu-

kunft geben könnte und sollte und auch noch mit welchem ‘Humanvermögen’ sie ausgestattet sein werden, sind ‘demografische Probleme’, die bereits in der Problemformulierung zurückgewiesen werden müssen – eine Zurückweisung, die es zudem ermöglicht, an einer antirassistischen und auf globale soziale Rechte ausgerichteten Kritik der Familienform und der Politiken des Kinderbekommens weiterzudenken.

Literatur

- Balibar, Etienne (1992): Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie. In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, 107-130.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2011): Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland. Berlin.
- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Wiesbaden, 9-34.
- Bendix, Daniel/Schultz, Susanne (2015): Bevölkerungspolitik reloaded: Zwischen BMZ und Bayer. In: Peripherie, Jg. 35, Heft 140, 447-468.
- Bertram, Hans et al. (2012): Familienpolitik für Kinder und Eltern. In: Stock, Günter et al. (Hg.), Zukunft mit Kindern, Frankfurt/M., New York, 198-293.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin.
- (2012): Familienpolitik und Fertilität. Demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung 27, Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1986): The forms of capital. In: Richardson, J. (Hg.): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education. New York, 241-258.
- Brand, Ulrich (2013): State, Context and Correspondence: Contours of a historical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 42, Heft 4, 425-442.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld, 15-86.
- Bujard, Martin (2013): Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. In: Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 25, Heft 2, 132-153.
- Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias (2012): Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Frankfurt/M., New York.

- Destatis (Statistisches Bundesamt) (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Dethloff, Nina (2016): Gleichgeschlechtliche Paare und Familiengründung durch Reproduktionsmedizin. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Deutscher, Penelope (2012): Foucault's History of Sexuality. Volume 1: Re-Reading its reproduction. In: *Theory Culture and Society*, Jg. 29, Heft 1, 119-137.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt/M.
- (2001): In *Verteidigung der Gesellschaft*. Frankfurt/M. Vorlesung vom 17. März 1976, 282-311.
- Fürnkranz-Prskawetz, Alexia et al. (2012): Demographische Analyse der Fertilitätsentwicklung. In: Stock, Günter et al. (Hg.): *Zukunft mit Kindern*. Frankfurt/M., New York, 116-197.
- Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (1995): Introduction. In: Ginsburg, Fayne D./Rapp, Rayna (Hg.): *Conceiving the new world order: the global politics of reproduction*. Berkeley, Los Angeles, 1-18.
- Goldstein, Joshua R. et al. (2012): Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland? Working Paper des Berliner DemografieForum, Ausgabe 4, Berlin.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2003): Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. In: Pieper, Marianne/dies. (Hg.): *Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt/M., New York, 161-178.
- Hajek, Katharina (2013): Familienduell. Von der politischen Regulierung und den Kämpfen um Familie. In: *Prokla*, Jg. 43, Heft 4, 519-537.
- Harvey, David (2001): Population, resources and the ideology of science. In: Harvey, David (Hg.): *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*. Edinburgh, 38-67.
- Hendrixson, Anne (2016): 'Population Control is not History'. Paper presented at Conference 'Old Maps, New Terrain: Rethinking Population in an Era of Climate Change'. Amherst (27.-29 Mai 2016).
- Hummel, Diana (2000): *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*. Opladen.
- Kahlert, Heike (2007): Demographische Frage, „Qualität“ der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet. In: *Prokla*, Jg. 37, Heft 146, 61-76.
- Karakayali, Juliana/zur Nieden, Birgit (2013): Rassismus und Klassen-Raum. Segregation nach Herkunft an Berliner Grundschulen. In: *sub-urban*, Heft 2, 61-78.
- Kemper, Andreas (2016): Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD. In: Kastrop, Wolfgang/Kellerhohn, Helmut (Hg.): *Rechte Wut- und Hassbürger im Kulturkampf*. Münster, 147-161.

- kritnet (2016): Offener Brief in Reaktion auf Cfp „The Fertility of Migrants and Minorities“. online: <http://kritnet.org/2016/demografie-und-rassismus/?from=aufrufe> (Zugriff 21.12.2016).
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. In: Dies. (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart, Frankfurt/M., 72-109.
- Lettow, Susanne (2015): Population, race and gender: On the Genealogy of the modern politics of reproduction. In: *Distinktion*, Jg. 16, Heft 3, 267-282.
- Messerschmidt, Reinhard (2014): „Garbled demography“ or „Demographization of the social“? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century. In: *Historical Social Research*, Jg. 39, Heft1, 299-335.
- Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or the Multiplication of Labour*. Durham.
- Nair, Sumati (1989): *Imperialism and the Control of Women’s Fertility. New Hormonal Contraceptives. Population Control and the WHO*, Arnhem.
- Nowak, Jörg (2009): *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*. Münster.
- Prognos (2014): *Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland*. Auftraggeber BMF und BMFSFJ, Berlin.
- Schmidt, Renate (2001): *Familienpolitik für das 21. Jahrhundert*. In: Leipert, Christian (Hg.): *Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft*. Opladen, 119-127.
- Schreiner, Patrick (2013): Die „Nation“ als neoliberale Existenzgemeinschaft : gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen. In: Friedrich, Sebastian/ders. (Hg.): *Nation-Ausgrenzung-Krise: kritische Perspektiven auf Europa*. Münster, 43-52.
- Schultz, Susanne (2006): *Hegemonie, Gouvernamentalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster.
- (2015a): *Kinderwunsch-Ökonomie und Kinderwunsch-Verstaatlichung*. In: Kitchen Politics (Hg.): *Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit. Biotechnologie, Reproduktion und Familie im 21. Jahrhunderts*. Münster, 106-126
- (2015b): *Reproducing the nation: the new German population policy and the concept of demographization*. In: *Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory*, Jg. 16, Heft 3, 337-361.
- (2016): *Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus*. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, Jg. 2, Heft 1, 117-138.
- Spieß, Katharina (2012): *Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können*. In: Bertram, Hans/Bujard, Martin (Hg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*. Baden-Baden, 321-336.
- Stoler, Anne L. (1995): *Race and the Education of Desire: Foucault’s History of Sexuality and the Colonial Order of Things*. Durham.

Tellmann, Ute (2013): Catastrophic Populations and the Fear of the Future: Malthus and the Genealogy of Liberal Economy. In: *Theory Culture Society*, Jg. 30, Heft 2, 135-155.

Wagenmann, Uta (2013): Demografiestrategie und In-vitro-Fertilisation. In: *Genethischer Informationsdienst*. Heft 217, 13.